

Gipfel I nach Bratislava: Die EU kämpft an vielen Fronten

EUROPÄISCHER RATSGIPFEL VOM 20./21. OKTOBER 2016

Auf dem regulären Herbstgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im Oktober gab es viel zu diskutieren. Im Zentrum standen drei Themen: Migration, Russland und das europäische Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA). Der Rückgang der Flüchtlingszahlen auf der östlichen Mittelmeerroute wurde begrüßt. Sanktionen gegenüber Russland wurden nicht beschlossen. Der Europäische Rat wollte zudem ausführlich über die gemeinsame Handelspolitik diskutieren, nach dem Veto des wallonischen Parlaments stand aber die Rettung des CETA-Abkommens im Vordergrund der Diskussionen. Am Gipfeltreffen nahm erstmals auch die britische Premierministerin, Theresa May, teil.

1. Migration

Die Gipfelteilnehmer konzentrierten sich im Rahmen der bisherigen, umfassenden Migrationspolitik auf drei Felder:

1. Schutz der Außengrenzen;
2. Handhabung der Migrationsströme;
3. Diskussion und Betrachtung anderer Elemente innerhalb der umfassenden gemeinsamen Strategie.

Bereits im März diesen Jahres hatte die Kommission eine Roadmap veröffentlicht. Sie trägt den Titel „Back to Schengen“. Voraussetzung hierfür ist der Schutz der EU-Außengrenzen. Um diesen zu gewährleisten wurde der Europäische Grenz- und Küstenschutz installiert. Er agiert offiziell seit dem 6. Oktober und ersetzt die bisherige Grenzschutzagentur FRONTEX.

Des Weiteren soll die Arbeit an dem auf dem Bratislava-Gipfel beschlossenen Reiseinformations- und Autorisierungssystem

(Travel Information and Authorisation System; ETIAS) fortgesetzt werden.

Zwei Migrationsrouten

Im Blickpunkt stehen zwei Migrationsrouten: jene über das „zentrale“ Mittelmeer und jene über den östlichen Teil des Mittelmeers. Auf der letzteren ist nach Angaben der Kommission ein Rückgang von 98 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Dies liegt vor allem am EU-Türkei-Abkommen aber auch an der Stärkung des (neuen) Europäischen Grenz- und Küstenschutzes. Dieser hat bis zum Juni diesen Jahres bereits doppelt so viele illegal eingereiste Personen abgewiesen bzw. zurückbefördert wie im gesamten letzten Jahr. Allerdings, so die Staats- und Regierungschefs, müssen die Rückführungen aus Griechenland in die Türkei (einer der Kernpunkte des EU-Türkei-Abkommens) verbessert und beschleunigt werden. Im letzten Monat wurden lediglich 35 Menschen an die Türkei zurück überstellt. Zur Einordnung: Bis Ende September haben knapp 167.000 Flüchtlinge Griechenland im Jahr 2016 betreten. Im September waren es durchschnittlich 100 pro Tag. Die Verantwortung für den Flüchtlingsrücktransfer liegt beim griechischen Regierungschef Tsipras.

Afrika im Blickpunkt

Größeres Kopfzerbrechen bereitet hingegen die zentrale Mittelmeerroute. Hier liegen die Ankunftsahlen auf demselben Niveau wie im vorherigen Jahr.

Allein bis Oktober haben über 150.000 Afrikaner Italien erreicht. Die Kommission hat bereits sog. Partnerschaftsrahmenabkommen mit einigen Herkunftsländern in Afrika abgeschlossen. In diesem Rahmen sollen die Fluchtursachen (kurzfristig und schnell) bekämpft werden. Dies fügt sich in die Stra-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLIVER MORWINSKY
KAI ZENNER

Oktober 2016

ategie des Valletta Action Plans, der im vergangenen November von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde.

Dass die Bekämpfung der Flüchtlingsströme und –ursachen keine allein-europäische Angelegenheit ist, machten die Staats- und Regierungschefs der EU deutlich. Sie betonten noch einmal die Bedeutung der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten vom 19. Oktober 2016, in welcher die Vereinten Nationen Verpflichtungen zur globalen Herausforderung der Migrationsursachen übernahmen; u.a. eine bessere Lastenverteilung.

Weitere Maßnahmen auf der Agenda

Es wurde zudem über das Europäische Asylunterstützungsbüro (European Asylum Support Office; EASO) gesprochen. Das gleiche gilt für die Anstrengungen zum Aufbau eines adäquaten Umsiedlungsmechanismus.

Kommentar und Ausblick: Ein Ergebnis des Bratislava-Prozesses ist bereits sichtbar: Man möchte nicht nur Beschließen, sondern auch Liefern.

Die Befassung mit Afrika ist folgerichtig und vorausschauend zugleich. Die an den europäischen Außengrenzen und Küsten ankommenden Menschen aus Afrika sind nur ein Teil der sich tatsächlich auf die Flucht Begebenden. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass mehr Flüchtlinge in der Wüste als im Mittelmeer sterben. Die Partnerschaftsrahmenabkommen der EU sind ein erster Schritt die wirtschaftlichen Bedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und gleichzeitig gegen Menschenhandel und –schmuggel vorzugehen.

2. Beziehungen zu Russland

Diese sind vielfältig und komplex. Sie verteilen sich auf verschiedene (Schlacht-)Felder, wie z.B. den Mittleren und Nahen Osten sowie die Ukraine.

Der italienische Ministerpräsident, Matteo Renzi, hatte im Juni diesen Jahres verlangt, das Thema auf dem Oktobergipfel zu diskutieren

Dass sich die Diskussionen nicht auf das Thema „Sanktionen“ beschränkten, ist den Schlussfolgerungen zu entnehmen. Während des Gipfels sprachen sich vor allem die nordischen Staaten, allen voran Finnland und Estland, gegen (weitere) Sanktionen aus, während Deutschland, Frankreich und Großbritannien diese befürworteten.

Hintergrund: Die EU verhängte erstmals im März 2014 Sanktionen gegen Russland. Grund war die Annexion der Halbinsel Krim. Fünf russische Staatsunternehmen haben keinen Zugang zum europäischen Kapitalmarkt mehr. Auch wurde ein Embargo für den Import und Export von militärischem Equipment verhängt. Neben weiteren Sanktionen (z.B. Exportverbot für Bestandteile der Öl- und Gasindustrie sowie weiterer Bodenschätze, welche bis Juni 2017 Gültigkeit besitzen), laufen die vorgenannten ökonomischen Sanktionen im Januar 2017 aus.

Es geht der EU um die langfristige Beziehung zu einem „wichtigen Nachbarn“ (Tusk), demgegenüber sie geschlossen agiert. Die EU importiert einen signifikanten Anteil an Öl, Gas, Kohle und anderen Rohstoffen aus Russland (rund 30 %). Ebenso ist die EU ein wichtiger Energiemarkt für Russland. Nach Angaben des Ratspräsidenten Donald Tusk ist es die Strategie Russlands, die EU zu schwächen.

Dieser Linie möchte das Europäische Parlament nicht (in Gänze) folgen. Ein gemeinsamer Brief der EVP-, ALDE- und Grünen-Fraktionen an den Ratspräsidenten vom 19. Oktober 2016, spricht sich für strenge Sanktionen gegenüber Russland aus.

Vorabgespräche im „Normandie-Format“

Francois Hollande und Angela Merkel dominierten die Diskussionen zum Thema Russland. Grund: Sie waren am Tag vor dem Ratsgipfel im Rahmen des sog. „Normandie-Formates“ sowohl mit dem russischen, als auch dem ukrainischen Ministerpräsidenten, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, im deutschen Kanzleramt zusammengetroffen. Es war Putins erster Berlinbesuch seit der Annexion der Krim im Jahre 2014. Beherrschendes Thema war die Situation in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLIVER MORWINSKY
KAI ZENNER

Oktober 2016

(Ost-)Ukraine. Deutschland und Frankreich äußerten zudem harte Kritik wegen der Bombardierung Aleppos, insbesondere ziviler Ziele.

Bemerkenswert: Putin brachte den auf der Sanktionsliste der EU stehenden Vladislav Surkov mit. Er erhielt eine Ausnahmegegenehmigung.

Wirkliche Fortschritte wurden nicht erzielt. Es wurde vereinbart, dass die Außenminister einen „Fahrplan zum Frieden in der Ostukraine“ bis spätestens Ende November – und somit pünktlich zum nächsten EU-Gipfel im Dezember – erarbeiten sollen.

Russland und der Konflikt in Syrien

Während des Gipfel-Diners in Brüssel führte die EU-Außenbeauftragte in die Thematik betreffend den Syrienkonflikt ein. Merkel und Hollande gaben Auskunft über die Vorabgespräche im „Normandie-Format“. Trotz der einvernehmlichen Ansicht, dass das russische und syrische Vorgehen nicht hingenommen werden kann, wurde von direkt daran geknüpften Sanktionen abgesehen. Wie von Tusk bereits initiiert sollte eine langfristige Strategie zum Umgang mit Russland entwickelt werden. Aus diplomatischen Kreisen war zu vernehmen, dass man sich hierfür nicht durch etwaige Sanktionsforderungen unter Druck setzen lassen möchte.

Dennoch verurteilten die 28 Staats- und Regierungschefs die „Gräueltaten“ in Aleppo, für welche sie vor allem Russland verantwortlich machten. Sie sprachen sich für die Einstellung der Kriegshandlungen und die Initiierung eines (Friedens-)Prozesses unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aus. Sollte keine nachhaltige Verbesserung der Situation eintreten, hielte sich die EU alle erwägbareren Optionen offen, so der Tenor.

Kommentar und Ausblick: Mit seiner Forderung im Juni wollte Renzi die übrigen Staats- und Regierungschefs auf eine weichere Linie gegenüber Russland einstimmen. Die zwischenzeitlichen Geschehnisse in Syrien, speziell in Aleppo, führten in der Konsequenz zum Gegenteil. Allerdings: Beim Thema Russland sind sich die Staats- und

Regierungschefs nicht in allen Punkten einig.

Dass die Entscheidung über (weitere) Sanktionen auf den Dezembergipfel verschoben wurde, zeugt nicht unbedingt von Stärke. Es wäre gerade jetzt an der Zeit gewesen, dass die EU ein Zeichen setzt. Insbesondere im Hinblick auf die Geschehnisse in Syrien, die Hollande bereits als „Kriegsverbrechen“ brandmarkte.

Strategisch verfolgt die EU einen doppelten Ansatz verfolgt: Zum einen sollen die Mitgliedsstaaten der EU (in dieser Frage) näher zusammenrücken. Zum anderen wird das Instrument der bilateralen Gesprächskanäle, vor allem über Deutschland (z.T. gemeinsam mit Frankreich) genutzt.

Die Gespräche im Normandie-Format sind eine geeignete Möglichkeit hierzu. Im Kreise der Staats- und Regierungschefs scheint die Bundeskanzlerin die einzige zu sein, die konsequent das Gespräch mit Putin sucht und gleichzeitig die nötige Rückendeckung besitzt, um ihm auf Augenhöhe begegnen zu können.

Die EU hat lange darin vertraut, dass Russland ein demokratisches Land nach europäischem Vorbild werden könnte. Die aktuellen militärischen Entwicklungen (Verlegung eines Großteils der Flotte ins Mittelmeer) sind kein Zeichen von Entspannungspolitik.

3. Weitere Themen der Dinner-Sitzung

Verhältnis Großbritanniens zur EU

Seit ihrem Amtsantritt als neue britische Premierministerin machte Theresa May deutlich, dass ihre Aufgabe die Abwicklung der im Referendum getroffenen Entscheidung wäre. Das britische Volk hätte eine Entscheidung getroffen, ihre Aufgabe wäre es nun, dafür zu sorgen, dass Großbritannien seine starke wirtschaftliche und politische Stellung behielte. Ihr harter Verhandlungskurs stieß innenpolitisch allerdings auf Widerstand. Britische Abgeordnete und sogar Kabinettsmitglieder sprachen sich öffentlich für eine parlamentarische Abstimmung über die britische Verhandlungsstrategie aus. Die Europäischen Institutionen und die EU-27-Regierungen zeigten weiter-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLIVER MORWINSKY
KAI ZENNER

Oktober 2016

hin Geschlossenheit: Verhandlungen würde es erst geben, wenn die britische Regierung einen Austrittsantrag gemäß Artikel 50 EUV stellte. Einen Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt gäbe es nur dann, wenn Großbritannien alle Grundfreiheiten gegen sich gelten ließe.

Vor dem Gipfel stellte Premierministerin May klar, dass Großbritannien bis Ende März 2017 den Austrittsantrag stellen würde. Dennoch spielte die britische Frage beim Treffen der Staats- und Regierungschefs kaum eine Rolle. Premierministerin May hielt nur eine fünfminütige Rede zur aktuellen Lage in ihrem Land. Zudem äußerte sie die Sorge, dass die EU27 mit der Bratislava Roadmap Entscheidungen treffen würde, die in den kommenden zwei Jahren auch noch erhebliche Auswirkungen auf Großbritannien hätten. Solange ihr Land EU-Mitgliedstaat wäre, wollte es auch ein volles Mitspracherecht haben sowie in die Diskussionen über alle neuen Initiativen einbezogen werden. Bundeskanzlerin Merkel sprach am Donnerstagabend von einem guten Signal. Großbritannien würde in den Verhandlungen zwar seine Interessen verfolgen, dies geschähe aber nicht auf Kosten der EU.

Die Niederlande und „ihr“ Referendum

Während des Abendessens erstatte der niederländische Premierminister, Mark Rutte, Bericht über die Entwicklung des abgehaltenen Referendums in seinem Land.

Hintergrund: Am 6. April 2016 stimmten die Niederländer gegen das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Die Niederlande ist das einzige Mitgliedsland, welches dem Abkommen nicht zugestimmt hat. Dieses ist bereits provisorisch in Kraft getreten.

Eine Lösung konnte Rutte nicht präsentieren. Das Land suche derzeit eine (rechtlich bindende) Lösung, „die allen passt und gerecht wird: der Niederlande, der EU und der Ukraine“ so Rutte. Er steht jedoch unter Zeitdruck. Vor dem nationalen Parlament hatte Rutte verkündet, dass eine Entscheidung, wie nun mit dem Ergebnis

umgegangen werden soll, bis zum 1. November 2016 vorliegen soll.

Kommentar: Das niederländische Referendum spaltet das Land nach wie vor. Richtig zufrieden ist mit dem Referendumsgesetz, welches die Abstimmung im April ermöglichte, niemand. Vor allem, weil es weiter Wind in die Segel der Populisten bläst. Allen voran der Rechtspopulisten unter Geert Wilders (PVV). Rutte hat großes Interesse daran, die Angelegenheit schnellstmöglich vom Tisch zu wischen. Im März nächsten Jahres stehen Parlamentswahlen an. Rutte kann es sich nicht leisten, die geopolitischen Probleme mit nach Hause in den Wahlkampf zu nehmen. Daher hat er sich selbst die Frist bis zum 1. November gesetzt. Ob dies gehalten werden kann bleibt abzuwarten.

4. EU-Kanada-Handelsabkommen

Hintergrund: Gemäß wissenschaftlichen Studien könnte ein Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU den gemeinsamen Handel um bis zu 20% steigern. Da jeder siebte Job innerhalb der Europäischen Union von der Exportwirtschaft abhängt und Kanada einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist, spricht aus wirtschaftlicher Sicht alles für einen schnellen Abschluss des Europäisch-Kanadischen-Handelsabkommens (CETA). Das Abkommen ist zugleich eine Chance, EU-Standards gemeinsam mit einem attraktiven und bevorzugten Partner im globalen Handel durchzusetzen. So haben beide Handelsblöcke ähnlich hohe Vorgaben im Bereich Arbeit und Soziales und wollen sich beide für die OECD-Leitsätze zur *Corporate Social Responsibility* (freiwillige Beiträge der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung) einsetzen.

Trotz dieser erheblichen Vorteile haben linke Gruppierungen seit Jahren ideologisch motiviert gegen die Ergebnisse der CETA-Verhandlungen agitiert. Vorgeblich sorgten sich diese um die Schwächung des Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutzes, eine nicht kontrollierte Paralleljustiz zugunsten von Großkonzernen sowie eine allgemeine Schwächung der Demokratie – die Vorwürfe gegen CETA gleichen dabei denen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLIVER MORWINSKY
KAI ZENNER

Oktober 2016

gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Tatsächlich sind sämtliche dieser Vorwürfe sachlich vielfach widerlegt und entkräftet. Was bewegt also die Antifreihandelsfront? Es haben sich in den letzten Monaten die Vorwürfe gemehrt, dass hinter der Ablehnung handfeste wirtschaftliche Gründe stehen könnten. Die Antifreihandelsfront verdient, so die Kritik mit der Agitation erhebliche Summen.

Dennoch sah es lange Zeit so aus, als könnte das Abkommen auf dem EU-Kanada-Gipfel am 27.10.2016 unterzeichnet werden. Mit der Einstufung des CETA-Vertrages als gemischtes Handelsabkommen im Juli 2016 änderte sich die Situation allerdings grundlegend. Infolge von politischem Druck nach dem britischen Referendum entschied die Europäische Kommission, dass Teile des Abkommens in die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten fallen, die nationalen Parlamente dem CETA-Vertrag also zustimmen müssen. In fast allen Mitgliedstaaten erfolgte dies auch bis zum Oktobergipfel des Europäischen Rats. So sprach sich der Deutsche Bundestag am 22. September für den Abschluss CETAs aus und auch das Bundesverfassungsgericht wies ein Eilantrag gegen eine Unterzeichnung Deutschlands am 13. Oktober zurück. Widerstand kam aus drei Mitgliedstaaten: Bulgarien und Rumänien verlangten von der kanadischen Regierung, dass das visafreie Reisen ihrer Bürger umgehend möglich sei müsse. Wesentlich schwerwiegender war allerdings das Veto des wallonischen Regionalparlaments in Belgien, wodurch die belgische Föderalregierung das CETA-Abkommen nicht mehr unterzeichnen darf.

Die politischen Akteure in Brüssel und Kanada reagierten bestürzt auf die Nachrichten aus Belgien. EU-Handels-Kommissarin Cecilia Malmström sagte, dass nun weitaus größere Dinge auf dem Spiel ständen als ein einzelner Handelsvertrag. Vielmehr ginge es um die Glaubwürdigkeit der EU als zuverlässiger Handelspartner. Ratspräsident Donald Tusk unterstrich, dass internationaler Handel ein entscheidender Motor für Beschäftigung, Wachstum und steigende Lebensstandards sei. Dennoch habe man zurzeit scheinbar Probleme, die Menschen davon zu überzeugen, dass ihre politischen Vertreter

in ihrem Interesse Freihandelsabkommen aushandeln. Wenn man es nicht schaffte, dieses Vertrauen wiederherzustellen, könnte CETA das letzte Handelsabkommen der EU gewesen sein. Auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau zeigte sich verärgert. "Wenn sich zeigt, dass Europa unfähig ist, einen fortschrittlichen Handelspakt mit einem Land wie Kanada abzuschließen, mit wem glaubt Europa dann noch in kommenden Jahren Geschäfte machen zu können?" Sollte Europa den Pakt nicht abschließen, werde davon die Botschaft nicht nur an die Europäer, sondern an die ganze Welt ausgehen, dass Europa einen Weg wählt, der nicht produktiv sei.

Geschehnisse während des Gipfels: Während des Gipfels stand so auch die Rettung des CETA-Vertrages im Mittelpunkt. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker war den gesamten Donnerstag in parallel zum Gipfel stattfindenden Krisenverhandlungen mit Kanada und der wallonischen Regierung involviert. Der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette sprach am frühen Freitagmorgen zwar von Fortschritten, sah die Wallonie aber weiterhin durch die im CETA-Vertrag aufgeführten Schiedsgerichte als bedroht an und hielt daher an seinem Veto fest. Interessant: Herr Magnette war bei den vielen anderen Freihandelsabkommen der EU noch nie aufgefallen. Zur Beilegung der Unstimmigkeiten traf sich am Freitagmorgen die wallonische Regionalregierung direkt mit der kanadischen Handelsministerin Chrystia Freeland. Trotz der intensiven Bemühungen konnte keine Einigung erzielt werden. Die kanadische Handelsministerin Krystia Freeland, die ukrainische Wurzeln hat, hatte in den letzten 12 Monaten unentwegt in Brüssel und den europäischen Hauptstädten, auch in Berlin, für das Abkommen geworben. Unter anderem hatte sie mehrfach mit Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel gesprochen, um die Zustimmung der SPD sicherzustellen. Noch im Juni hatte sie sich auf einer Konferenz in Brüssel auf Nachfrage überzeugt gezeigt, dass damit alle Hürden beseitigt wären. Entsprechend enttäuscht und emotional ihre Reaktion:

„Es scheint offensichtlich, für mich und für Kanada, dass die Europäische Union derzeit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLIVER MORWINSKY
KAI ZENNER

Oktober 2016

nicht in der Lage ist, ein internationales Abkommen abzuschließen, selbst mit einem Land, das so europäische Werte hat wie Kanada, und selbst mit einem Land, das so freundlich ist und so viel Geduld hat wie Kanada.“

Trotz des Stillstandes bei den CETA-Verhandlungen konnten sich die Staats- und Regierungschefs auf einige generelle Schlussfolgerungen in der EU-Handelspolitik einigen: Sie sprachen sich für eine robuste Handelspolitik aus, welche zum einen die Vorteile von offenen Märkten für Wachstum und Jobs nutze, zum anderen aber auch die Befürchtungen der Bürger ernst nehme und auf die Einhaltung von Regeln bestehe. Die europäischen Handelsinteressen umfassten explizit auch die Verteidigung und Förderung von Sozial-, Umwelt, und Verbraucherschutzstandards. Der Europäische Rat empfahl der Kommission, mit Japan aktive Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu führen und möglichst noch bis zum Ende des Jahres eine politische Einigung zu erzielen. Schließlich forderten die Staats- und Regierungschefs die Kommission auf, die Verhandlungen mit den USA über das TTIP-Abkommen wie auch mit anderen Handelspartnern (z.B. Mercosur) fortzusetzen.

Ratspräsident Tusk zeigte sich im Anschluss besorgt über die Auswirkungen, die die aktuelle Situation auf Europas Reputation sowie auf die Beziehung der Union zu Kanada haben könnte. Kommissionspräsident Juncker sprach davon, dass man in den letzten 48 Stunden Fortschritte erzielt hätte und er hoffe, dass man in den nächsten Tagen eine Einigung mit der wallonischen Regierung erzielen könne. Zugleich wies er Kritik an der Entscheidung der Kommission, nationale Parlamente über das CVETA-Abkommen abstimmen zu lassen, zurück.

Kommentar: Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber sagte am Mittwoch, dass er es für hochproblematisch hielte, wenn manche im Regionalparlament von Wallonien versuchen würden, aufgrund interner Politik-Spielchen ganz Europa in seine Querelen hineinzuziehen. Das aktuelle Drama habe wenig mit den Inhalten des Abkommens zu

tu. CETA sei das beste Handelsabkommen, das die EU je vereinbart habe.

Die Handelspolitik gehört gem. Art 207 AEUV zu den Gemeinschaftskompetenzen der EU. Nach der Rechtsprechung des EuGH gestaltet die Kommission zwar die Handelspolitik, ist aber zugleich zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Rat (Mitgliedstaaten) verpflichtet. Zudem fließen nationale und regionale Interessen über den Ausschuss der Regionen sowie über das Europäische Parlament in die gemeinsame Handelspolitik ein. Beobachter kritisieren daher, dass die Kommission nach ihrer ursprünglichen Weigerung ohne Not dem Druck der nationalen Regierungen nachgab. Handelspartner der EU müssen davon ausgehen können, dass die mit Vertretern der EU ausgehandelten Regelungen auch gültig sind. Bisher hat immer das Europäische Parlament allein über Freihandelsabkommen entschieden. In der derzeitigen Diskussionsatmosphäre, die sich von einer sachlichen Diskussion völlig entfernt hat, konnte nicht davon ausgegangen werden, dass tatsächlich 40 europäische Parlamente dem Abkommen zustimmen würden. Ein weiterer Rückschlag für die EU, ein weiterer Sieg der Populisten.